

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 27 (1986)
Heft: 5

Artikel: Mitterrand à la Millerand? : Frankreich wählt am 16. März eine neue Nationalversammlung
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093411>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frankreich wählt am 16. März eine neue Nationalversammlung

Mitterrand à la Millerand?

Nach den verschiedenen Meinungsumfragen scheint der Wahlsieg des bürgerlichen Lagers in Frankreich bereits festzustehen. Die Verlierer werden die Sozialisten sein (Parti Socialiste = PS). Sie eroberten im Juni 1981 die Mehrheit in der Nationalversammlung. Es stellt sich die Frage, wie der sozialistische Staatspräsident, François Mitterrand, nach dem Urnengang vom 16. März mit einer bürgerlichen Regierung zu Rande kommen wird.

Stunde der Wahrheit für die KPF

Wenn sich die Meinungsbefrager nicht gänzlich irren, so erhalten die Kommunisten am 16. März knapp 10 % der Wählerstimmen. Möglicherweise fällt die KPF auch darunter...

Die KPF, die einst über 20 % Wählerstimmen vereinigte, ist unglaublich geworden. Nicht zuletzt ist das auf ihre totale Abhängigkeit von Moskau zurückzuführen. Sie wird wie eine geheime Sekte geführt.

Vor zehn Jahren wählte ein Drittel der Jungwähler noch die KPF. Heute sind es 3 bis höchstens 4 %. In der Partei klafft sozusagen eine Generationenlücke. Im Durchschnitt liegt das Alter der KPF-Mitglieder zwischen vierzig und fünfzig Jahren.

Innerhalb der Parteispitze gibt es eine Gruppe von Erneuerern. Sie wollen, sollte die «Schande Tatsache» werden und die KPF lediglich 10 % der Wählerstimmen erringen können, zur offenen Auseinandersetzung aufrufen. Eine Kampfansage an KPF-Chef George Marchais...

Es ist die Rede von «cohabitation», von «Zusammenleben», eigentlich einer «wilden Ehe». Mitterrand, dessen Amtszeit noch zwei Jahre dauert, wird aber auch ein Schicksal à la Millerand vorausgesagt.

Alexander Millerand (1859 bis 1943), ursprünglich ein Sozialist, bekleidete 1920 bis 1924 das Amt des Staatspräsidenten. Anfänglich ging alles recht gut, bis die Opposition im Parlament die Mehrheit eroberte. Er klammerte sich zwar verzweifelt an sein Amt, musste aber zurücktreten, als ihm die Mehrheit die Zusammenarbeit verweigerte...

Chaos an der Staatsspitze?

Für Raymond Barre kommt weder Kooperation noch «cohabitation» in Frage, sollten die Sozialisten die Mehrheit in der Nationalversammlung verlieren. Barre war unter Valéry Giscard d'Estaing noch Ministerpräsident gewesen. Zusammen mit dem ehemaligen Staatspräsidenten steht er für die Union pour la Démocratie Française (UDF). Im Wahlkampf sagte Barre immer wieder: «Mitterrand muss gehen!» Eine bürgerliche Mehrheit in der Nationalversammlung und ein sozialistisches Staatsoberhaupt brächten «nur Chaos an der Staatsspitze».

Giscard d'Estaing vertritt zusammen mit Jacques Chirac, dem Chef des neo-gaullistischen Rassemblement pour la République (RPR),

Bei den Wahlen vom Juni 1981 erhielten die Sozialisten (einschliesslich Linksradi-kale) im zweiten Wahlgang 49,5 % der Stimmen und kamen auf 285 Sitze in der 491 Sitze umfassenden Nationalversammlung. Die Gaullisten (RPR) brachten es auf 22,43 % und 88, die Giscardisten (UDF) auf 18,65 % und 62, die Kommunisten (KPF) auf 18,62 % und 44 sowie die übrigen Parteien auf 12 Sitze.

Neu wird nicht mehr nach dem Majorz-, sondern nach dem Proporzsystem gewählt. Die neue Nationalversammlung wird 577 Abgeordnete zählen. Dank der Verhältnisvertretung dürfte erstmals die extrem-rechte Nationale Front von Jean-Marie Le Pen ins Parlament ziehen.

Umfragen geben der UDF/RPR-Allianz 44,5 % der Stimmen, den Sozialisten 27/28 %, den Kommunisten 11 % und der Nationalen Front 7 %.

Somit verfügte in der neuen Nationalversammlung die jetzige Opposition über 310 Sitze, das heisst über eine Mehrheit von 32 Mandaten. 555 Sitze entfallen auf die in Frankreich gewählten Abgeordneten, 22 auf jene aus den französischen Überseegebieten.



Bei der Wahlschlacht steht das Stichwort «Rassismus» für die Nationale Front. Dank dem neuen Proporzsystem kann die extreme Rechte in die neue Nationalversammlung einziehen. (Aufnahme vom Autor)

eine andere Meinung. Sie beide setzen auf «cohabitation». Sie wollen versuchen, trotz verschiedener Auffassungen miteinander mit Mitterrand auszukommen.

In bezug auf die allgemeinen politischen Inhalte dürfte das nicht allzu schwerfallen. Das bürgerliche Lager und die Sozialisten sind in so entscheidenden Bereichen wie der Wirtschaft und der Aussenpolitik längst nicht mehr so uneins, wie dies vielleicht die Tradition vermuten lassen könnte.

Im Falle ihres Wahlsieges (UDF/RPR) wollen die Bürgerlichen die «sozialistischen Errungenschaften», vorab im sozialen Bereich, belassen, das heisst nicht rütteln an den Mindestlohnansätzen, an der bezahlten fünften Ferienwoche, an der 39-Stunden-Arbeitswoche, am Pensionierungsalter von 60 Jahren. Die UDF/RPR-Allianz hat Steuersenkungen, die Abschaffung der Steuer für die «Reichen» und die Preiskontrolle in Aussicht gestellt, ebenso eine Reprivatisierung von Banken, Versicherungen, der wichtigsten Industrien und des Fernsehens. Ausserdem müsse die Bürokratie «gesund», die staatlichen Ausgaben gleich um umgerechnet zehn Milliarden Franken schrumpfen...

Liberaler Bourgeois

Im Wahlkampf versuchten die Sozialisten den Vorwurf des bürgerlichen Lagers, sie hätten Misswirtschaft betrieben, dadurch zu entkräften, dass sie unter anderem auf die gesunkene Inflationsrate und die leicht verbesserte Arbeitsmarktlage verwiesen. Die Inflation bewegt

sich heute bei etwa 4,7 %. 1981 hatte sie 13,4 % betragen. Nun, die niedrigere Inflationsrate dürfte auch mit dem gesunkenen Erdölpreis und dem um 25 % verringerten Wert der amerikanischen Währung seit vergangem Sommer zusammenhängen. Derzeit werden in Frankreich 2,4 Millionen Arbeitslose gezählt oder 600 000 mehr als zu Beginn der Regierungsübernahme durch die Sozialisten.

Mitterrand will sich nicht nach einem bürgerlichen Wahlsieg «hinter dem Baum verstecken». Gewiss, er gilt als «realistischer, liberaler Bourgeois». Und für die Franzosen ist er der Hüter von «Liberté, Egalité, Fraternité». Dennoch, über kurz oder lang, eher kurz, dürfte es für ihn ein zweischneidiges Schwert sein, die Regierungsgeschäfte zu führen.

Es bietet sich ebenso die Möglichkeit, sich zu profilieren, wie sich in Kompetenzkleinigkeiten und politischen Differenzen aufzureiben, und zwar beidseitig. Nach Artikel 20 der Verfassung steht es dem Ministerpräsidenten zu, die Politik zu bestimmen und auszuführen. Aber der Staatspräsident ernennt den Regierungschef. Er leitet die Kabinettsitzungen. Er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte... und er ist verantwortlich für internationale Verhandlungen, er ratifiziert internationale Verträge... und kann Notstandsmassnahmen erlassen.

Politische Krise?

Gleichzeitig ist jedoch auch der Ministerpräsident für die «nationale Verteidigung» verantwortlich. Verträge bedürfen ebenfalls seiner

Unterschrift. Er ernennt seine Mitarbeiter, die wiederum dem Staatspräsidenten genehm sein müssen.

So gesehen, kommt es nach dem 16. März zur «grossen Koalition» oder zur «grossen Konfrontation»! Raymond Barre will mit den Bürgerlichen zusammenarbeiten, aber nicht unter einem sozialistischen Staatspräsidenten. Der 61jährige Wirtschaftsprofessor hat Höheres, eine weitere Schlacht im Sinne. Er will der nächste Staatspräsident sein. Ein Ziel, das auch Jacques Chirac und Valéry Giscard d'Estaing anstreben. Für vorzeitige Präsidentschaftswahlen braucht Barre eine politische Krise... Er dürfte sie provozieren, denn in der Gunst der Franzosen steht er nahezu an der Spitze. Seine «erste Amtshandlung» danach dürfte sein, Parlamentsneuwahlen zu verkünden...

Ein Sieg der Bürgerlichen am 16. März ist nicht auszuschliessen, aber ebensowenig danach eine politische Krise... Mitterrand à la Millerand?

Jacques Baumgartner



Die repräsentative konservative Zeitschrift

Aufsätze und Kommentare aus allen Bereichen des Geisteslebens (Politik, Philosophie, Medien, Geschichte, Kultur, Militär)

Erscheint zweimonatlich

- Ich bestelle eine kostenlose Probenummer
- Ich abonniere CRITICON (Jahrespreis 57 DM)

 Criticon Verlag,
 Knöbelstrasse 36, 8000 München 22

STEIGER
 DRUCK AG
 BERN



Moserstrasse 31
 3014 Bern
 Telefon 031 412775

... Steiger druckt's